



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 21 vom 1.11.2012

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

EDITORIAL

- Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz: Regierungsentwurf
- Stellungnahmen aus dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Bündnis für Gemeinnützigkeit: Pressemitteilung
- Bundesverband Deutscher Stiftungen: Pressemitteilung
- Deutscher Kulturrat: Pressemitteilung

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Jahressteuergesetz 2013 mit Änderungen beschlossen
- Ansgar Drücker: NGOs gegen Jahressteuergesetz zeigt Wirkung
- Demokratie- bzw. Extremismuserklärung überarbeitet
- Städtebauförderung und Soziale Stadt: Antrag der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Gesellschaft für Informatik: Memorandum Open Government
- Missbrauchsschutz und Führungszeugnis: Empfehlungen des Deutschen Vereins

AKTUELLES AUS DEM BBE

- 10 Jahre BBE: Fachtagung und Jahresempfang
- Civil Academy: Vernetzungstreffen 2012
- Jahrbuch Engagementpolitik 2013 bestellbar

FACHDISKURS

- openTransfer CAMP - Gutes einfach verbreiten: Veranstaltung
- Gegen sexualisierte Gewalt im Sport: Themenwoche
- Selbsthilfe im Netz - Konzepte, Kriterien, Konsequenzen: Tagung

- Susann Jentsch: Tagungsbericht Ehrenamt im Katastrophenschutz
- Potenziale nutzen - Teilhabe stärken: Dokumentation
- Vision Stadt - Ort demokratischer und sozialer Innovation: Call for Panels
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

EDITORIAL

nach oben

Der Entwurf aus dem Bundesfinanzministerium mit dem Titel »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz - GEG« (vgl. BBE-Newsletter 19/2012) ist am 24. Oktober 2012 von der Bundesregierung zu ihrem Gesetzentwurf für eine Stärkung der Zivilgesellschaft gemacht worden. Er heißt jetzt »Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz - GemEntBG)«. Die Rubrik »Aus und über den Nonprofit-Sektor« widmet sich diesmal daher diesem Gesetzentwurf und ersten dazu vorliegenden Stellungnahmen aus Politik und Zivilgesellschaft. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit bedauert, dass die Möglichkeit, mit diesem Gesetz auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gemeinnützigen Zweck substantiell zu stärken (derzeit wird dieser Zweck nicht alleine stehend akzeptiert), leider nicht genutzt wurde. Diese Kritik wird vom BBE geteilt.

nach oben

Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz: Regierungsentwurf

Der vom Bundeskabinett am 24. Oktober 2012 beschlossene »Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz - GemEntBG)« soll dazu beitragen, zivilgesellschaftliches Engagement durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Das Gesetz soll insbesondere die Rechts- und Planungssicherheit für steuerbegünstigte Organisationen herstellen, Verfahrenserleichterungen für die Mittelverwendung schaffen, Optionen zur Rücklagenbildung und Vermögenszuführung eröffnen, Haftung für ehrenamtlich Tätige beschränken, Voraussetzungen für die Errichtung von Verbrauchsstiftungen konkretisieren, die gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts erhöhen und die Verwendung der Abkürzung »gGmbH« rechtssicher ermöglichen. Dadurch soll es aus Sicht des Entwurfs den steuerbegünstigten Organisationen und ehrenamtlich Tätigen möglich werden, »ihre gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe noch besser wahrzunehmen«. Zu den steuerrechtlichen Verfahrenserleichterungen gehört z.B., dass die Frist zur zeitnahen Mittelverwendung um ein Jahr verlängert wird. Ebenso wird die Bildung einer freien Rücklage erleichtert sowie die bisher geduldete Wiederbeschaffungsrücklage gesetzlich festgelegt. Unmittelbar erhöht werden die Übungsleiterpauschale auf 2.400.- Euro und die Ehrenamtspauschale auf 720.- Euro jährlich. Hochgesetzt wird ferner die Umsatzgrenze bei Sportveranstaltungen, wenn diese als Zweckbetriebe gelten, von 35.000.- auf 45.000.- Euro. Und auch ein Namenskürzelstreit soll gesetzlich ad acta gelegt

werden: »Verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke nach den §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung, kann die Abkürzung „gmbH“ lauten.« Die erste Beratung im Deutschen Bundestag findet am 8. November 2012 statt, zusammen mit dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur »Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Verein«. Das Gesetz soll bis Februar 2013 verabschiedet werden und rückwirkend ab 1. Januar 2013 gelten.

Regierungsentwurf unter

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Publikationen/Aktuelle_Gesetze/Gesetzentwurfe_Arbeitsfassungen/2012-10-24-Gemeinn%C3%BCtzigkeitsentb%C3%BCrokratisierungsgesetz-anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3

nach oben

Stellungnahmen aus dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Aus dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages haben sich von Seiten der Regierungsfractionen Florian Bernschneider (MdB), FDP, und Markus Grübel (MdB), CDU, in Pressemitteilungen zum Gesetzentwurf geäußert. Für Bernschneider hat die Koalition ein »pralles Paket für Freiwillige und Ehrenamtliche« geschnürt. Er stellt den Entwurf in den Kontext des am gleichen Tag beschlossenen Jahressteuergesetzes mit seinen Verbesserungen für Freiwilligendienstleistende. Diesen Kontext stellt auch Grübel her. Zugleich hebt er hervor, »dass eine Vielzahl von ehrenamtlichen Tätigkeiten, wie die Arbeit als Trainer, Ausbilder oder Betreuer, stärker steuerlich begünstigt werden«. Für Ute Kumpf (MdB), SPD, ist dagegen der Gesetzentwurf »zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch ein viel zu kleiner. Das Gesetz bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die von der Zivilgesellschaft an die Regierung gestellt werden.« Beispielhaft verweist sie darauf, dass die Förderung bürgerschaftlichen Engagements nach wie vor kein wirklich eigenständiger Förderzweck ist, aber auch rechtliche Unsicherheiten in Bereichen der Grunderwerbssteuer bei Vereinsfusionen oder der Umsatzbesteuerung bei öffentlichen Zuwendungen bestehen bleiben. Ulrich Schneider (MdB), Bündnis90/DIE GRÜNEN, sieht in dem Entwurf ein »Gesetzchen«, das nicht in der Lage sei, bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu stärken. So fehle z.B. nach wie vor die Anerkennung von Engagementzeiten als Eigenmittel zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen von Zuwendungen.

Pressemitteilung Florian Bernschneider, MdB, unter

http://www.florian-bernschneider.de/uploads/media/2012_10_24_PM_Bernschneider_Jahressteuergesetz_Ehrenamtspaket.pdf

Stellungnahme Markus Grübel, MdB, unter

http://www.markus-gruebel.de/aktuelles/details/archive/2012/oktober/artikel/bundesregierung-foerdert-ehrenamt-erhoehung-der-uebungsleiterpauschale-und-der-ehrenamtspauschal.html?tx_ttnews%5Bday%5D=26&cHash=ec6a6a43d717305d120551e9d2b022ad

Pressemitteilung Ute Kumpf, MdB, unter
<http://www.ute-kumpf.de/aktuelles/article/gesetz-zur-staerkung-des-ehrenamtes-ist-halbherzig-und-bleibt-hinter-den-erwartungen-zurueck/9.html>

Pressemitteilung Ulrich Schneider, MdB, unter
http://www.ulrich-schneider.de/?file_id=105

nach oben

Bündnis für Gemeinnützigkeit: Pressemitteilung

Am 25. Oktober 2012 hat sich das »Bündnis für Gemeinnützigkeit«, in dem die großen Dachverbände gemeinnütziger Organisationen zusammengeschlossen sind, zu dem Gesetzentwurf geäußert. Das vorgesehene Gesetz würde nach Einschätzung des Bündnisses die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und für gemeinnützige Organisationen tatsächlich erleichtern. Allerdings bleiben wichtige Reformanliegen unberücksichtigt. Nach wie vor wird die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gemeinnütziger Zweck nicht hinreichend verankert. Die Sprecher des Bündnisses fordern den Gesetzgeber im weiteren Beratungsprozess dazu auf, gerade in Zeiten der Finanzkrise und des demografischen Wandels noch mehr Mut in der Engagementförderung zu zeigen.

Pressemitteilung unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/n121_buendnis_fuer_gemeinnuetzigkeit.pdf (255 kB)

nach oben

Bundesverband Deutscher Stiftungen: Pressemitteilung

Dr. Wilhelm Krull, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und Generalsekretär der VolkswagenStiftung, sieht im Gesetzentwurf wichtige Fortschritte für das Stiftungswesen und das zivilgesellschaftliche Engagement insgesamt. Allerdings erkennt er noch Ergänzungsbedarf. So appelliert er an die Politik, »im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens auch die Dotation zu Stiftungslehrstühlen zu ermöglichen.« Optimierungsbedarf sieht Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, in der besseren gesetzlichen Anerkennung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: »Notwendig ist unter anderem die klarere gesetzliche Anerkennung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als eigenständiger gemeinnütziger Zweck.«

Pressemitteilung Bundesverband Deutscher Stiftungen unter
http://www.stiftungen.org/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-dynamische-inhalte/detailseite-pressemitteilung.html?tx_leonhardtdyncontent_pi1%5Bmode%5D=teaserstart&tx_leonhardtdyncontent_pi1%5Bid%5D=2628

nach oben

Deutscher Kulturrat: Pressemitteilung

»Kleinvieh macht auch Mist«, so lautet die saloppe Überschrift der Pressemitteilung des Deutschen Kulturrats vom 24. Oktober 2012. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, charakterisiert den Gesetzentwurf sachlicher so: »Es handelt sich um verschiedene kleinere Ansatzpunkte, die aber in der Gesamtschau eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagements bedeuten.« Die Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschläge sieht er auch für den Kulturbereich als sehr förderlich an. Allerdings wundert er sich über die spezielle Erhöhung der Umsatzgrenze bei Sportveranstaltungen: »Das ist schön für den Sport, wäre aber noch schöner, wenn auch andere Vereine davon profitieren könnten.«

Pressemitteilung Deutscher Kulturrat unter
<http://www.kulturrat.de/pdf/2409.pdf>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Jahressteuergesetz 2013 mit Änderungen beschlossen

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestags hat mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen eine Reihe von Änderungen am Jahressteuergesetz 2013 empfohlen. In der 201. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 25. Oktober 2012 ist der Gesetzentwurf mit den entsprechenden Änderungen in zweiter und dritter Lesung behandelt und mehrheitlich beschlossen worden (Top 15 der Tagesordnung). Darunter sind auch einige Änderungen mit Relevanz für Zivilgesellschaft und Engagementpolitik. So hat der Ausschuss eine Steuerbefreiung des Gehaltsbestandteils des Taschengeldes beim Bundesfreiwilligendienst, Jugendfreiwilligendienst und anderen zivilen Freiwilligendiensten hineingeschrieben. Gestrichen wurde die beabsichtigte Neufassung zur Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen mit Folgeänderungen. Erweitert werden soll dagegen der Anwendungsbereich der Umsatzsteuerbefreiung für eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundene Leistungen auch auf privat-gewerbliche Sozialleistungserbringer. Schließlich heißt es zu einer vorgesehenen Änderung im Gemeinnützigkeitsrecht, auf deren schädliche Folgen im BBE-Newsletter hingewiesen wurde: »Streichung der vorgesehenen Regelung über die Voraussetzungen für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit extremistischer Gruppierungen...«. Zu diesem Thema auch der Gastbeitrag von Ansgar Drücker.

Beschlussempfehlung unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/111/1711190.pdf>

Plenarprotokoll unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17201.pdf>

nach oben

Ansgar Drücker: NGOs gegen Jahressteuergesetz zeigt Wirkung

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen wandte sich anscheinend erfolgreich gegen Planungen der Bundesregierung, mit dem Jahressteuergesetz das Wort »widerlegbar« im Gemeinnützigkeitsrecht zu streichen und damit dem Verfassungsschutz weitreichende Kompetenzen bei der Aberkennung der Gemeinnützigkeit zuzubilligen. Ansgar Drücker, Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserklärung e. V. (IDA) in Düsseldorf, rekapituliert in seinem Gastbeitrag, welche praktischen Folgen diese unscheinbare Änderung gehabt hätte und wer sich in einem offenen Protestbrief gegen diese Änderung stellte. Nunmehr wird weiterhin das Finanzamt für die Anerkennung und Aberkennung der Gemeinnützigkeit zuständig sein - und nicht der Verfassungsschutz.

Gastbeitrag Ansgar Drücker unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_druecker_jahressteuergesetz.pdf (18 kB)

nach oben

Demokratie- bzw. Extremismuserklärung überarbeitet

Am 14. September 2012 informierte das zuständige Referat im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BaFzA) für die Bundesprogramme »TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN« und »Initiative Demokratie Stärken« über Änderungen bei der verlangten Demokratieerklärung. Hintergrund der Änderungen ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden vom 22. Juni 2012, das die sogenannte Extremismuserklärung in Teilen als zu unbestimmt und unwirksam ansah. Der neue Text ist kürzer und lautet: »Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen.« In der bisherigen Fassung wurde detailliert aufgelistet, was die Empfängerorganisation an aktiven Maßnahmen auf eigene Verantwortung zu unternehmen habe, um Projektpartner und Einzelpersonen auf ihre Verfassungstreue hin zu überprüfen. Die BaFzA sieht in der zwischen dem BMFSFJ und dem Bundesministerium des Innern (BMI) abgestimmten neuen Erklärung eine »Präzisierung«.

Demokratieerklärung unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_demokratieerklaerung.pdf (46 kB)

nach oben

Städtebauförderung und Soziale Stadt: Antrag der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Mittel für Städtebauförderung allgemein und für das 1999 begonnene Programm »Soziale Stadt« sind in dieser Legislaturperiode erheblich reduziert

worden. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag haben gemeinsam einen Antrag mit dem Titel »Programm ›Soziale Stadt‹ zukunftsfähig weiterentwickeln - Städtebauförderung sichern« eingebracht, um eine Trendwende herbeizuführen (Drucksache 17/10999). Darin fordern sie nicht allein deutlich mehr Finanzmittel, sondern ebenso nachhaltige Prinzipien. So soll die Teilhabe der Städte an der Städtebauförderung unabhängig von der Haushaltssituation vor Ort sichergestellt werden. Besonders kritisch sehen sie die Eingriffe der Regierung in das Programm »Soziale Stadt«, das für sie einen wichtigen Hebel für ressortübergreifendes Engagement und für Bürgerengagement darstellt: »Die Auswirkungen der massiven Kürzungen für die Betroffenen vor Ort sind verheerend: Über lange Jahre mühevoll aufgebaute Netzwerke und Partnerschaften brechen weg und vielfältiges Engagement wird ausgehöhlt.« Der Antrag wurde in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2012 in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Antrag »Soziale Stadt« unter
<http://dip.bundestag.de/btd/17/109/1710999.pdf>

nach oben

Gesellschaft für Informatik: Memorandum Open Government

Die künftige Ausgestaltung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Deutschland ist Thema eines Memorandums vom 16. Oktober 2012 zu »Open Government«, das die Fachgruppe »Verwaltungsinformatik« der Gesellschaft für Informatik e. V. (GI) herausgegeben hat. Danach kann Open Government keinesfalls lediglich auf »Open Government Data« und auf den »Wert der frei zugänglichen Datenschätze der Verwaltung« reduziert werden. Vielmehr basiere die notwendige Öffnung auf sieben grundlegenden Prinzipien: Offenheit, Transparenz, Verantwortungsbewusstsein, Beteiligung, Zusammenarbeit, Kohärenz und (volks-)wirtschaftlicher Nutzen. Das Prinzip der Beteiligung habe dabei eine neue Qualität: »Soziale Netzwerke und das Internet schaffen Raum für neue Gemeinschaften, Diskussionen, Konsultationen, Beteiligungshaushalte, Abstimmungen und Wahlen, aber auch zur öffentlichen Kontrolle und Kommentierung in Echtzeit. Die Bürger merken rasch, wenn Ihnen nur eine Scheinbeteiligung vorgegaukelt wird.«

Memorandum der GI unter
<http://fb-rvi.gi.de/fileadmin/gliederungen/fg-vi/FGVI-121016-GI-PositionspapierOpenGovernment.pdf>

nach oben

Missbrauchsschutz und Führungszeugnis: Empfehlungen des Deutschen Vereins

Mit dem am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Bundeskinderschutzgesetz wurde der Kinderschutz vielschichtiger und erweitert. Ein Ziel des Gesetzes ist es, dem Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen, die außerhalb der Familie ein besonderes Vertrauensverhältnis zu Dritten eingehen und aufbauen. Dazu gehört die Pflicht der Träger der Jugendhilfe, sich unter bestimmten Voraussetzungen auch von neben- oder ehrenamtlich tätigen Personen erweiterte Führungszeugnisse vorlegen zu lassen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. warnt vor der Gefahr, »dass die

intendierte Verbesserung des Kinderschutzes formal umgesetzt wird und Bereiche des Ehrenamts mit unnötigen Hürden belastet werden, die Engagement behindern.« Deshalb hat er Empfehlungen und Orientierungshilfen beschlossen, wie mit dieser neuen Pflicht zielgerecht umgegangen werden kann und was an Regeln beachtet werden muss. Er geht davon aus, dass entsprechend diesen Empfehlungen auch in anderen Bereichen wie Sport und Kultur gehandelt werden kann, um Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in außerfamiliären Nähe- und Betreuungsverhältnissen vorzubeugen bzw. vorgekommene oder vermutete Übergriffe zu verfolgen.

Empfehlungen unter

http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2012/DV-15-12-Fuehrungszeugnissen-bei-Neben-und-Ehrenamtlichen

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

10 Jahre BBE: Fachtagung und Jahresempfang

Seit dem Jahr 2002 verfolgt das BBE nun schon das Ziel, Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern. Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements hat sich das BBE zu einem kooperativen Netzwerk aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft mit derzeit rund 250 Mitgliedern und zahlreichen Kooperationspartnern entwickelt. Die Mitglieder repräsentieren einen Großteil der Träger und Förderer des Engagements von 23 Millionen Menschen in Deutschland. Anlässlich des 10jährigen Jubiläums veranstaltet das BBE am 22. November 2012 die Fachtagung »10 Jahre BBE« in Berlin. Gemeinsam mit Mitglieder n, Netzwerkpartnern und der interessierten Fachöffentlichkeit wollen wir auf die bewegten Jahre zurückblicken, uns über zukünftige Pläne austauschen und das 10jährige Jubiläum unserer gemeinsamen Netzwerkarbeit feiern. Der feierliche Jahresempfang ab 19:00 Uhr im Roten Rathaus bietet im Anschluss die Möglichkeit zu Austausch und Vernetzung.

Flyer unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_flyer_10_jahre_BBE.pdf
(348 kB)

nach oben

Civil Academy: Vernetzungstreffen 2012

Einmal im Jahr haben alle Absolventinnen und Absolventen der Civil Academy die Möglichkeit, an einem Vernetzungstreffen teilzunehmen. Dieses Jahr findet das Treffen vom 2. bis 4. November in Kassel-Baunatal zu einem besonderen Anlass statt: Die Ehemaligen gründen und wählen einen Alumni-Beirat der Civil Academy, der die systematische Vernetzung und Integration der Ehemaligensicht in die Programmentwicklung befördern soll. Daneben dreht sich das Wochenende um den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Kontakten zwischen den Absolventinnen und Absolventen. Die Projekte »querblick«, »Show Racism the

Red Card«, »Klassik für Kinder«, »RockYourLife« und »Esperanza - Limo für den guten Zweck« werden von den jeweiligen Absolventen präsentiert. Dabei geht es dann um spezielle Fragen wie z.B. die Gründung eines Social Business, Öffentlichkeitsarbeit oder Finanzierungsmöglichkeiten. Die Ehemaligen nehmen außerdem je nach Interesse an verschiedenen Workshops teil. Das Angebot reicht von Teamführung und Moderationsmethoden über rechtliche Fragen, Strukturwandel und Generationenwechsel im Verein bis hin zu Online-Fundraising, Social Media und Gesprächsführung. Als Gast auf dem Abschlusspodium wird Sophie Scholz erwartet, die als Gründerin der »SocialBar« mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über den Mehrwert von Netzwerken im Dritten Sektor ins Gespräch kommen möchte.

Weitere Informationen unter
<http://www.facebook.com/CivilAcademy>

nach oben

Jahrbuch Engagementpolitik 2013 bestellbar

Die erste Ausgabe des »Jahrbuchs Engagementpolitik« des BBE, herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Dipl.-Pol. Johanna Neuling, erscheint in Kürze und kann ab sofort bestellt werden. Das Jahrbuch berichtet aus der Arbeit des Netzwerks, präsentiert grundlegende Fachpapiere des Netzwerks und gibt zudem Diskursen ein Forum, die weit in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinreichen. Ein Schwerpunkt des ersten Jahrbuches ist das Thema »Staat und Zivilgesellschaft«. Mit einem »engagementpolitischen Kalendarium« werden zudem erstmals alle relevanten parlamentarischen Befassungen mit dem Themenfeld und weitere wichtige Daten im Überblick sichtbar und im Netz nachschlagbar. Zielgruppe des neuen Jahrbuches sind die mit Engagement- und Demokratiep politik und Engagement- wie Demokratieförderung beruflich oder ehrenamtlich befassten Akteure. Das Jahrbuch erscheint im Wochenschauverlag. Das »Jahrbuch Engagementpolitik« ist der erste Band der neuen BBE-Buchreihe »Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis«, herausgegeben von Dr. Serge Embacher, Prof. Dr. Thomas Olk, Dr. Frank W. Heuberger, PD Dr. Ansgar Klein, Andreas Pautzke, Carola Schaaf-Derichs, Ulrike Sommer und Brigitta Wortmann im Auftrag des BBE.

Inhaltsverzeichnis unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_jahrbuch_2013_inhaltsverzeichnis.pdf (68 kB)

Bestellschein unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_jahrbuch_2013_bestellschein.pdf (2 MB)

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

openTransfer CAMP - Gutes einfach verbreiten: Veranstaltung

Die Bertelsmann Stiftung und die Stiftung Bürgermut führen am 17. November 2012 in Berlin das »openTransfer CAMP 2012 - Gutes einfach verbreiten« durch. Dort berichten Projektmacher aus der Transferpraxis, die mit ihrer Idee andere Menschen inspiriert haben. Es sind Projekte wie Urban Gardening, Energiegenossenschaften, Stadtwikis, Socialbars, Kiez-Brauer, Bürgerstiftungen oder Regiogeld-Vereine, die zeigen, wie gute Ideen Karriere machen. Im BarCamp-Format vernetzen sich die Macher erfolgreicher verbreiteter Projekte mit anderen Initiatoren und profitieren wechselseitig von ihren Erfahrungen.

Weitere Informationen unter

<http://opentransfer-camp.mixxt.de>

nach oben

Gegen sexualisierte Gewalt im Sport: Themenwoche

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), die Deutsche Sportjugend (dsj) und ihre Mitgliedsorganisationen führen eine Themenwoche »Gegen sexualisierte Gewalt im Sport!« vom 19. bis 25. November 2012 durch, um die Öffentlichkeit über die Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt im organisierten Sport zu informieren. Ebenso geht es darum, sich auf verschiedenen Ebenen zum Thema Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt im Sport auszutauschen, zu vernetzen und weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Themenwoche finden am 20. und 21. November die Abschlusskonferenz des EU-Projekts »Prevention of sexualized violence in Sports - Impulses for an open, secure and sound sporting environment in Europe« in Berlin sowie am 23. November in Münster das 3. Forum »Gegen sexualisierte Gewalt im Sport!« statt.

Weitere Informationen unter

<http://www.dsj.de/mediencenter/pressemitteilungen/detailansicht/article/themenwoche-gegen-sexualisierte-gewalt-im-sport/>

nach oben

Selbsthilfe im Netz - Konzepte, Kriterien, Konsequenzen: Tagung

Am 30. November 2012 findet in Berlin die Fachtagung »Selbsthilfe im Netz - Konzepte, Kriterien, Konsequenzen« des AOK-Bundesverbandes in Kooperation mit NAKOS, der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, statt. Hintergrund der Tagung ist der Befund, dass sich heute viele chronisch Kranke gerade auch über das Internet über ihre Krankheit informieren. Welche Konsequenzen hat die zunehmende Nutzung des Internets für die Selbsthilfe? Ist Selbsthilfe ohne das Internet überhaupt noch möglich? Welche Vorteile und Risiken gibt es? Auf der AOK-Fachtagung diskutieren Experten und Vertreter von im Internet aktiven Selbsthilfegruppen. Die Teilnehmerzahl ist auf 120 Personen begrenzt. Eine Anmeldung ist bis zum 6. November 2012 möglich.

Weitere Informationen unter
http://www.nakos.de/site/aktuelles-und-termine/termine/?event_key_:int=7096

nach oben

Susann Jentzsch: Tagungsbericht Ehrenamt im Katastrophenschutz

Das System des Bevölkerungsschutzes lebt in Deutschland von ehrenamtlichem Engagement. Allerdings befindet es sich im Zuge demografischer Veränderungen, der Aussetzung der Wehrpflicht und der steigenden Mobilitätsanforderungen im Umbruch. Deshalb veranstalteten die Universität Witten/Herdecke und das Deutsche Rote Kreuz am 10. und 11. September 2012 das Fachsymposium »Ehrenamt im Bevölkerungsschutz« im Bärensaal der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin. Susann Jentzsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sachgebiet Sicherheitsforschung im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, stellt in ihrem Bericht die Diskussionen und Beiträge von Vertretern aus Politik, Wissenschaft, der Hilfsorganisationen, des THW und der Feuerwehr dar. Die Schwerpunkte der Veranstaltung lauteten »Ehrenamt und Gesellschaft«, »Ehrenamt und Demografie« sowie »Formate des Helfens/Helfergewinnung«. Dabei wurden auch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und laufende (Forschungs-)Projekte vorgestellt und debattiert.

Gastbeitrag Susann Jentzsch unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_jentzsch.pdf (48 kB)

nach oben

Potenziale nutzen - Teilhabe stärken: Dokumentation

Am 10. und 11. Mai 2012 fand in Nürnberg eine Tagung zur Stärkung der Arbeit von Vereinen und der Zusammenarbeit mit Vereinen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund statt. Sie wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Deutschen Bundesjugendring und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerichtet. Im Mittelpunkt standen Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (VJM). Diskutiert wurde, wie staatliche und nicht-staatliche Akteure diese Vereine unterstützen können. Ebenso ging es um die Verbandslandschaft und thematische und organisatorische Vielfältigkeit von VJM. Thematisiert wurde auch die anstehende Überarbeitung der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Die Dokumentation der Tagung liegt jetzt vor.

Dokumentation der Tagung unter
<http://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/jugendtagung-2012.html?docId=3178886-First=true>

nach oben

Vision Stadt - Ort demokratischer und sozialer Innovation: Call for Panels

Am 11. und 12. Juli 2013 findet an der Universität Münster eine Tagung zum Thema »Vision Stadt: Ort demokratischer und sozialer Innovation« statt. Ziel der

Tagung ist eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage, wohin sich die deutschen Städte vor dem Hintergrund anhaltender Krisen und aktueller Herausforderungen gegenwärtig entwickeln und welche Bedeutung dabei sozialen und demokratischen Innovationen zukommt. Welche konkreten Zukunftsperspektiven können für Städte identifiziert werden und wie kann eine »Vision Stadt« aussehen? Von wem könnte bzw. sollte sie gestaltet werden? Bis zum 30. November 2012 ist es möglich, für die Tagung Panel-Vorschläge bei Prof. Annette Zimmer, Universität Münster, und Dr. Renate Reiter, Fernuniversität Hagen, einzureichen.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/11/nl21_call_for_panels.pdf (285 kB)

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 15. November 2012.
Redaktionsschluss ist der 8. November 2012.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Katrin Kwiatkowski, M.A. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein@b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert von:



Gefördert vom:

